

Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker Solidarität heißt Widerstand hier und jetzt.

Den Menschen in Kurdistan werden die grundlegenden Menschenrechte verweigert. Sie werden inhaftiert, vertrieben, gefoltert und ermordet.

Seit der Gründung der Türkei führt die kurdische Bevölkerung einen Kampf um Selbstbestimmung, Frieden und Demokratie. Mehr als 40000 Menschen sind allein in den letzten 30 Jahren in diesem Kampf gefallen. Der türkische Staat führt einen Vernichtungsfeldzug gegen das kurdische Volk und seine Demokratiebewegung. Nicht nur Kurdinnen und Kurden sind von diesem Krieg betroffen. Zunehmend werden auch andere Volksgruppen, Intellektuelle, Journalisten, Rechtsanwälte und andere kritische Geister Opfer der staatlichen Verfolgung und Willkür. Jede Person, die in der Türkei sich gegen die schleichende Islamisierung durch die AKP und für das Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppen einsetzt ist in Gesundheit und Leben bedroht.

Die Türkei ist enger Verbündeter Deutschlands. Sie wird ökonomisch, politisch und militärisch unterstützt. Die Berichterstattung in Deutschland ist einseitig und stempelt jede Demokratin und jeden Demokraten, welche für die demokratische Autonomie Kurdistans eintritt zum Kriminellen und Terroristen.

In der Türkei dienen über 5000 Ermittlungsverfahren gegen Menschenrechtler, gewählte Bürgermeister, Abgeordnete, Rechtsanwälte und viele andere, die sogenannten „KCK-Verfahren“, der willkürlichen Verfolgung. In Deutschland werden ähnliche Verfahren mit Hilfe des § 129b vorbereitet. Juristische Verbote, wie das Verbot der PKK, dienen ausschließlich der Verfolgung, der Inhaftierung und der Ausweisung von Menschen, die sich für Demokratie und Frieden in ihren Heimatländern einsetzen. Gleichzeitig können türkische Faschisten, wie die „Grauen Wölfe“, ihre Hetze ungehindert propagieren.

Der Widerstand gegen diese tödliche Politik in der Türkei darf sich hier in Deutschland nicht auf bloße Appelle beschränken. Die unterdrückten Kurdinnen und Kurden sind auf die aktive Solidarität in Deutschland angewiesen.

Wir fordern den unverzüglichen Beginn eines Friedensprozesses in der Region mit allen beteiligten. Hierfür notwendig sind die sofortige Einstellung aller Militäroperationen, die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Aufhebung der Organisationsverbote.

Wir unterstützen die Kurdinnen und Kurden die in Deutschland von Repression betroffen sind.

Kampf den Rüstungsexporten. Deutsche Waffen haben nirgendwo in der Welt etwas zu suchen!